1

Heimatvertriebene, Flüchtlinge und »Displaced Persons«

Flucht aus Ostpreußen
1945, picture alliance 851580

»Über 12 Millionen entwurzelter Menschen leben heute in Deutschland, Jugendliche wachsen heran, ohne Berufsausbildung, Familien vegetieren in feuchten, kalten Notquartieren. Väter, Gatten, vor der Flucht fleißige Arbeiter und stolz auf ihre Fachkenntnisse, können heute für den Unterhalt ihrer Frauen und Kinder nicht sorgen und sind gezwungen, von der Fürsorge zu leben. ... Millionen sind noch dem Menschen aus dem Lukas-Evangelium zu vergleichen, von dem es heißt, dass er unter die Mörder fiel ...«

Aus der Broschüre des Evangelischen Hilfswerks »Deutschland, Streiflichter, die nicht unbeachtet bleiben dürfen« von 1953

»Zugleich aber empfanden wir doch – und wir schämten uns dessen nicht – ein Gefühl innerster Befreiung, als fielen Berglasten von unseren Herzen, die 12 Jahre lang erdrückend auf uns gelegen hatten. ‚Unsere Seele ist entronnen wie ein Vogel dem Strick des Voglers; der Strick ist zerrissen und wir sind frei' (Ps. 124).«

Der Theologe der Bekennenden Kirche und Leiter des Evangelischen Hilfswerks in Lübeck, Julius Jensen, verlieh im Sommer 1946 seiner Erleichterung über die Befreiung vom NS-Regime Ausdruck. Wenige Monate später äußerte er sich deutlich anders.

»Jemand wider seinen Willen aus der Heimat vertreiben, heißt also, den Menschen aus dem ... bergenden Bereich seines Daseins herauszuwerfen, heißt, was genauso schwer wiegt, ihn aus der Verantwortung, die Gott ihm auferlegt hat, herauszureißen. Und das ist vom Evangelium her verboten und ein bitteres Unrecht an dem Menschen.«

Die »Lübecker Thesen«, vom Vorsitzenden des Ostkirchenausschusses und anderen Theologen verfasst, knüpften 1964 an die Charta der Heimatvertriebenen von 1950 an. Sie hatte »das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte« postuliert.

Der »Osten, die große blutende Wunde des Volkes«

Bischof Wilhelm Halfmann im Sommer 1946

»Wir kennen ihre Ursachen ... die Zerstörung unseres Vaterlandes durch Bombenterror und Kriegshandlungen, die Vertreibung von annähernd 14 Millionen Deutscher aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße, der verlorene Krieg, die Ausplünderung und wirtschaftliche Knebelung Deutschlands durch die Maßnahmen der Besatzungsmächte.«

Julius Jensen sah im Dezember 1946 die Schuld für den »deutschen Zusammenbruch« und den »ausgebluteten deutschen Volkskörper« bei den Besatzungsmächten.

»Im Urteil des Glaubens, das vom Geschichtshandeln Gottes weiß, hat Gott auch da seine Hand im Spiel, wo für das menschliche Urteil der Raub der Heimat mit Unrechtstaten der Menschen verbunden war. Er kann aus der alten Heimat herausführen und über die Heimatlosigkeit wieder eine neue Heimat schenken, die das irdische Leben sichert.«

Aus der Ostdenkschrift der EKD vom 1. Oktober 1965.

»Vom Unrecht der Vertreibung kann aber nicht gesprochen werden, ohne dass die Frage nach der Schuld gestellt wird. Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat.«

Aus der Ostdenkschrift der EKD vom 1. Oktober 1965.

Zu den Hintergründen

Mehr als 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus deutschsprachigen Siedlungsgebieten Osteuropas strömten ab 1944 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Schleswig-Holstein nahm nach Mecklenburg-Vorpommern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Flüchtlinge auf. Nach Kriegsende befanden sich dort zunächst außerdem hunderttausende befreite KZ- Häftlinge und Zwangsarbeiter, Evakuierte aus den zerbombten Großstädten und entlassene Wehrmachtssoldaten. Im ehemaligen Rückzugsgebiet der Wehrmacht hatte die britische Besatzungsmacht über eine Million deutscher Soldaten interniert. Die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins stieg zwischen 1939 und 1949 um rund 70 Prozent von knapp 1,6 Millionen auf den Höchststand von 2,7 Millionen Einwohner an.

Die Lebensbedingungen waren schlecht. Die Flüchtlinge wurden in überfüllten Lagern, Kasernen, öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten untergebracht. Es mangelte an Lebensmitteln, Kleidung und Heizmaterial. Bezahlte Arbeit war knapp. Teilweise kam es zu Spannungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen. Diese schlossen sich im Landesteil Schleswig massenhaft der dänischen Minderheit an. Sie erhofften sich von einer Anbindung an Dänemark eine Verbesserung der Versorgungslage und vielfach auch die Ausweisung der Flüchtlinge. Die Regierung unter Konrad Adenauer nutzte das Thema Flucht und Vertreibung, um ihre antikommunistische Haltung zu untermauern und die Westanbindung der Bundesrepublik zu forcieren. In der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft wurde die Flüchtlingsfrage meist losgelöst vom deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg betrachtet. Im Mittelpunkt stand die eigene Opferrolle.

In Folge des Zustroms der meistenteils evangelischen Flüchtlinge stieg die Zahl der Kirchenmitglieder in der schleswig-holsteinischen Landeskirche stark an. Auch die Gemeindegründungen nahmen stetig zu. Sie waren Ausdruck des vorangetriebenen Siedlungsbaus zur Integration der Flüchtlinge. In der Landeskirche der halb zerstörten Hansestadt Hamburg dagegen sank die Zahl der Kirchenmitglieder zunächst eklatant. Erst nach dem begonnenen Wiederaufbau nahm auch hier ab Mitte der 1950er Jahre die Gründung von Kirchengemeinden zu.

Notunterkünfte – so genannte Nissenhütten – inmitten von Ruinen, Hamburg, o.J. In Hamburg galten bis 1950 weitgehende Zuzugsbeschränkungen. Nur Flüchtlinge, die einen Mangelberuf ausübten, erhielten eine Aufenthaltserlaubnis. Staatsarchiv Hamburg 7201_00001811_31A

Die Barackenkirche in Kiel- Wellingdorf, 1957. 1947 schenkte das Schweizer Hilfswerk der Bugenhagen-Gemeinde die Holzkirche zur Behebung des kirchlichen Notstands. In den Flüchtlingslagern der Umgebung lebten tausende evangelische Flüchtlinge. Neben der Kirche wurden die Glocken der 1941 abgerissenen alten Bugenhagenkirche aufgestellt. Andreasgemeinde Kiel-Wellingdorf

Die Herkunft der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, 1951. Der größte Teil der Flüchtlinge kam aus Ost-Pommern und Ostpreußen. Die heutigen Schätzungen weisen leichte Abweichungen auf. Die Karte zeigt Deutschland in den Grenzen von 1937 in Europa mit den Grenzen nach 1945, wodurch Polen stark verändert wirkt. Statistisches Landesamt SchleswigHolstein

Bischof Reinhard Wester beim Besuch des Flüchtlingslagers Wentorf bei Hamburg, o.J. (vermutlich 1959). Der Bischof von Schleswig war seit 1957 Beauftragter der EKD für die Flüchtlingsarbeit und wurde in dieser Position auch als »Flüchtlingsbischof« bezeichnet. Landeskirchliches Archiv Kiel, 98.40 (Nachlass Wester, Reinhard) Nr. 793

Auch im Eutiner Schloss wurden Flüchtlinge einquartiert, 1949. SZ Photo 00123811

Verdichtung 1 // Integration

Die evangelische Kirche spielte eine zentrale Rolle bei der Integration der Flüchtlinge aus den Ostgebieten. Im August 1945 wurde auf der Kirchenkonferenz in Treysa das evangelische Hilfswerk gegründet. Initiator und erster Leiter war der württembergische Theologe und spätere CDU-Politiker Eugen Gerstenmaier. In den vier nordelbischen Landeskirchen wurden noch im selben Jahr Hauptbüros des Hilfswerks eingerichtet. Zu seinen Aufgaben zählten Spendensammlungen, der Aufbau eines Suchdienstes, Siedlungsarbeit, die Unterstützung Jugendlicher bei ihrer Ausbildung, Hilfe bei Auswanderungsbemühungen und die Betreuung entlassener Kriegsgefangener.

1952 reaktivierten die schleswig-holsteinischen Bischöfe Wester und Halfmann das Hilfswerk, das seine Tätigkeiten zwischenzeitlich eingeschränkt hatte. Anlass war der Plan verzweifelter Flüchtlinge, einen Treck vom schleswig-holsteinischen Ort Süderbrarup nach Süddeutschland zu organisieren. Denn die laut Umsiedlungsgesetz von 1949 vorgesehene gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer stagnierte. Gleichzeitig befanden sich die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, die häufig noch immer in überfüllten Lagern lebten, in einer elenden Situation. Den Bischöfen gelang es, eine vom Hilfswerk koordinierte und von den Landeskirchen Württembergs, Badens und der Pfalz unterstützte Umsiedlung in die Wege zu leiten. Das Treck-Vorhaben wurde daraufhin aufgegeben.

Zahlreiche Geistliche, die nach Kriegsende aus dem Osten geflohen waren, erhielten umgehend Dienstaufträge in den nordelbischen Landeskirchen. Denn viele der einheimischen Pastoren waren im Krieg gefallen, in Gefangenschaft geraten oder wurden vermisst. Pfarrer aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie – so genannte Ostpfarrer – bekamen »Vorrang bei der Eingliederung in die landeskirchliche Arbeit«. Dagegen wurden die aus der SBZ beziehungsweise DDR stammenden Theologen zur Rückkehr aufgefordert. Dort gab es funktionierende Landeskirchen. Bei der Integration der Flüchtlingspastoren und Kirchenmitglieder in die Landeskirchen zeigten sich Unterschiede. Ein Teil der Flüchtlinge hatte den Wunsch nach Eigenständigkeit. So forderte etwa der aus Königsberg stammende frühere Bekennenden Kirche-Theologe Hugo Linck eigene Vertriebenengottesdienste in der aus Ostpreußen vertrauten Liturgie. Er betonte die Fürsorgepflicht der »Ostpfarrer« an ihren vielfach von Traumatisierung betroffenen »zerstreuten Gemeinden«. Die schleswig-holsteinische Kirchenleitung wollte jedoch der Bildung von »Flüchtlingsgemeinden« vorbeugen und untersagte 1949 regelmäßige Flüchtlingsgottesdienste.

Die Kirche der Heimat
EINER TRAGE DES ANDERN LAST
GEMEINDEBLATT DER EVANGELISCH-LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE SCHLESWIG-HOLSTEIN LAUENBURG EUTIN
FRÜHER »AM SEHROHR DER ZEIT«
Tag der zerstreuten Heimatkirche in Lübeck
Eine neue Lebensordnung
Die evangelische Kirche Ostpreußens und ihr Schicksal nach 1945
Von Pastor Hugo Link, Hamburg-Harvestehude

Titelblatt der nordelbischen Kirchenzeitung »Die Kirche der Heimat«, September 1951. Innerhalb der Lübecker Landeskirche war die Akzeptanz der Vertriebenen verhältnismäßig groß. So beging man einen »Tag der zerstreuten Heimatkirche«, zeitgleich mit der Wiedereinweihung der zerstörten Marienkirche. Landeskirchliches Archiv Kiel

Spendenaufruf des Evangelischen Hilfswerks, 1946. Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin

Sprechstunde der Treckvereinigung, Süderbrarup 1952. Süderbrarup war für die schleswig-holsteinischen Bischöfe das »schwärzeste Notstandsgebiet der ganzen schleswig-holsteinischen Ostküste«. Das Foto stammt aus der Zeitung der ostpreußischen Landsmannschaft »Das Ostpreußenblatt«, die über den Vorgang berichtete. Bibliothek der Deutschen Rentenversicherung Bund

Verteilung von Care-Paketen durch Evangelisches Hilfswerk und Innere Mission, 1952. Ein grundlegendes Prinzip des Hilfswerks war die Aktivierung der Selbsthilfe. Hier: Gemeindeschwestern der Kreuzkirche Düsseldorf (die eine bewegte Besucherin identifiziert hat). Bundesarchiv 194-0913-35 / Sammlung Hans Lachmann

Verdichtung 2 //
Die innerkirchliche Kontroverse um die Vertriebenen und die Ostpolitik

Das Thema Flucht und Vertreibung hatte großen Einfluss auf die politische Positionierung der evangelischen Kirche in Deutschland. In der Nachkriegszeit wurde auch in der kirchlichen Öffentlichkeit meist ignoriert, dass die Ursachen der Flüchtlingsströme und der katastrophalen Lage Deutschlands in der nationalsozialistischen Kriegspolitik zu suchen waren. Stattdessen wurde die Not der deutschen Bevölkerung vor allem den Besatzungsmächten angelastet.

Zu Beginn der 1960er Jahre entspann sich eine innerkirchliche Kontroverse um die Ostpolitik und die Flüchtlingsfrage, die starke Auswirkungen auf die politische Entwicklung und das gesellschaftspolitische Klima in der Bundesrepublik hatte.
So sprachen sich 1961 acht prominente protestantische Wissenschaftler und Intellektuelle, darunter Carl Friedrich von Weizsäcker, im »Tübinger Memorandum« für den Verzicht auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße aus. Zustimmung kam vom »Beienroder Konvent«, einem aus der Bekennenden Kirche hervorgegangenen Zusammenschluss ostpreußischer Pfarrer. Und die Kirchlichen Bruderschaften lieferten mit den »Bielefelder Thesen« eine aus dem Versöhnungsgedanken hergeleitete theologische Begründung für den Verzicht. Diese Stellungnahmen stießen auf vehementen Widerspruch des Ostkirchenausschusses. Dessen Vorsitzende, der Lübecker Oberkonsistorialrat Gerhard Gülzow und der Kieler Oberkonsistorialrat Carl Brummack beriefen sich in den »Lübecker Thesen« – in Anlehnung an die Charta der Heimatvertriebenen – auf das von Gott gegebene Heimatrecht.

1965 veröffentlichte die EKD die wegweisende Denkschrift »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn«, bekannt geworden als Ostdenkschrift. Darin beschrieben die Verfasser die seelischen Verletzungen der deutschen Vertriebenen und die Probleme bei der Integration. Im Zentrum stand ihre Mahnung, die Vertreibung als »Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat« zu begreifen. Sie plädierten für eine Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und für eine Preisgabe deutscher Ansprüche auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze. Dieser Tabubruch löste heftige Diskussionen aus. Die Vertriebenenverbände griffen die Denkschrift scharf an. Auch von den beiden schleswig-holsteinischen Bischöfen kam Kritik. Reinhard Wester trat als »Flüchtlingsbischof« zurück, weil man ihn nicht einbezogen hatte.
Er warf den Verfassern »Schwärmerei« vor. Friedrich Hübner sah in der Denkschrift eine »ausgesprochen fragwürdige Leistung«. Diese strikte Haltung war jedoch in der Landeskirche nicht durchsetzbar.
Auf der EKD-Synode im folgenden Jahr erntete die Denkschrift breite Zustimmung. Die Diskussion um die Ostdenkschrift markierte eine Zäsur in der Selbstdeutung der evangelischen Kirche und bereitete der Neuen Ostpolitik der Regierung Brandt den Weg.

Joachim Beckmann, Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Militärbischof Hermann Kunst und Ludwig Raiser, Vorsitzender des Wissenschaftsrats und Synodaler der EKD (von links), am Rande der EKD-Synode in Frankfurt, 9. November 1965. 1962 übertrug der Rat der EKD der »Kammer für öffentliche Verantwortung« unter dem Vorsitz von Ludwig Raiser die Erarbeitung der Ost-denkschrift. Der Tübinger Rechtswissenschaftler Ludwig Raiser und Joachim Beckmann, ab 1967 Beauftragter der EKD für Kriegsdienstverweigerer, hatten das »Tübinger Memorandum« mitverfasst. SZ Photo 00218924

Der damalige Vorsitzende des Ostkirchenausschusses Gerhard Gülzow im Pfarrhaus der Lübecker Luthergemeinde, in der er als Pastor amtierte, 1969. Der von der EKD anerkannte Ostkirchenausschuss wurde 1946 als Vertretung der nicht mehr bestehenden Landeskirchen in den ehemaligen Ostgebieten gegründet. »Unser Danzig«, Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger, Oktober 1969

Briefwechsel zwischen Helmut Thielicke, dem späteren Gründungsdekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Hamburg und Hermann Diem, dem Vorsitzenden der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg, 1948. Hermann Diem widersprach Thielickes Karfreitagspredigt von 1947, in der dieser das angeblich gegen die Deutschen begangene Unrecht angeprangert hatte. Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Heißes Eisen Ostpolitik

Von Eberhard Schwarz

Die von der Kammer für Öffentliche Verantwortung erarbeitete Denkschrift faßt ein heißes Eisen an. Da in der westdeutschen Öffentlichkeit der Eindruck vorherrscht, die Vertriebenenprobleme seien mit der sogenannten „wirtschaftlichen Eingliederung" im allgemeinen gelöst, kann die Untersuchung der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Situation der Vertriebenen sicher zu einer Korrektur dieser Auffassung beitragen.
Ob die Denkschrift jedoch der Arbeit der Vertriebenenverbände und der anders gearteten kirchlichen Vertriebenenarbeit gerecht geworden ist, muß in Zweifel gezogen werden. Für letztere gilt jedenfalls, daß sie ihre Aufgabe von den Anfängen an nicht als Selbstzweck, sondern als eine Hilfe zur Beheimatung in den Aufnahmekirchen verstanden hat, wie das Memorandum von Professor D. Gerpensohn aus dem Jahre 1947 ausweist. Allerdings schloß das die Wahrnehmung der Verantwortung für das geistliche und geschichtliche Erbe der verdrängten evangelischen Kirchen des Ostens nicht aus, sondern ein.
Seltsam unverbunden wendet sich die Denkschrift in den folgenden, breit ausgeführten Teilen den vorwiegend politischen Problemen zu, auf denen das Gewicht der Ausführungen zu liegen scheint. Kann aber eine der Kirche rechtmäßig zukommende Aufgabe darin gesehen werden, den Politikern Handlungsfreiheit zu verschaffen, die man allen Anscheis nach zur Zeit aus sehr verschiedenen Gründen als nicht gegeben ansieht? Und wenn das zu bejahen wäre, überschätzt die Kirche damit nicht ihre Kraft und ihre Möglichkeiten? Man vermutet doch wohl nicht zu Unrecht, daß der tiefere Beweggrund für die Bearbeiter gerade in der sogenannten „politischen Diakonie" zu suchen ist, einen Sammelbegriff, der sehr unterschiedlich ausgelegt und gefüllt werden kann. Daher ist es denkbar, daß sich Zustimmung und harter Widerspruch gerade hieran entzünden werden. Ob das zur Versachlichung der Diskussion beiträgt, wird sich erst zeigen müssen.
In der Denkschrift ist jedenfalls die Beschränkung auf das deutsch-polnische Verhältnis zu bedauern, weil hiedurch der fälschliche Eindruck entsteht, als sei das Problem politisch nicht mehr in die Zusammenhänge des sowjetischen Machtbereichs eingebettet.
Wenn aber die besondere Situation des heutigen Polens zu bedenken gegeben wird, so hätte das mitgelieferte statistische Material zumindest der Auswertung bedarft. Denn es wird keineswegs deutlich, daß die Westverschiebung dem polnischen Staat hochkultiviertes Land und die schlesischen Industriegebiete zur Nutzung eingebracht hat, während die von Sowjetrußland beanspruchten Gebiete Ostpolens wenig kultiviert und nur dünn besiedelt waren.
Wenn in den völkerrechtlichen Erwägungen auf der einen Seite die Unerlaubtheit gewaltsamer Massendeportationen und damit das Unrecht der Vertreibung bestätigt wird, auf der anderen Seite aber das Gewicht der inzwischen vergangenen 20 Jahre für die rechtliche Beurteilung des Anspruchs auf Wiederherstellung zu bedenken gegeben wird, so bleibt die Frage, ob die Beurteilung einer Politik der vollendeten, inzwischen widerrechtlich geschaffenen Tatsachen völlig außer Betracht bleiben kann.
Bei den theologischen und ethischen Erwägungen sollte nicht unterschlagen werden, daß kirchliche Persönlichkeiten und Gruppen in den vergangenen Jahren wiederholt mit Vorschlägen eines politischen Verzichts im Interesse einer Aussöhnung unter theologischer Begründung an die Öffentlichkeit getreten sind. Die kritisch beleuchteten Lübecker Thesen stellen lediglich eine Reaktion hierauf dar, was zur Beurteilung der Diskussion nicht unwesentlich ist. Außerdem richtet sich ihr Widerspruch gegen eine „voreilige" Verzichtserklärung, woraus nicht mangelnde Bereitschaft zum Ausgleich zu folgern ist. Das Ziel einer Aussöhnung mit den Ostvölkern ist doch im Grunde auch unter den Vertriebenen nicht strittig, wohl aber der Weg, wie es zu erreichen ist. Unter den Vertriebenen lebt mehr Verständigungswille und Ausgleichsbereitschaft, als aus den vorliegenden Erwägungen deutlich wird; auch mehr, als man auf mancher Seite zuzugeben bereit ist, weil es in das Vorstellungsläufige nicht zu passen scheint. So kann nur bedauert werden, daß berufene Vertreter der kirchlichen Vertriebenenarbeit an der Abfassung dieser Denkschrift nicht verantwortlich beteiligt worden sind. Schließlich bleibt es unverständlich, daß eine kirchliche Denkschrift die Auswirkungen der Vertreibung auf die Stellung des Protestantismus in Osteuropa überhaupt nicht aufgreift, mit der Erwähnung des Substanzverlustes des deutschen Protestantismus durch den Verlust der preußischen Provinzialkirchen im Osten in einem Satz ist dieser Tatsache keineswegs Genüge getan und der Beschwernis nicht abgeholfen. Es hat den Anschein, als ob die kirchengeschichtliche Dimension der Vorgänge im Osten Europas besonders im Blick auf den totalitären Staat und einen nationalistischen Katholizismus in Polen, der die Umwälzungen als Vollendung der Gegenreformation deutet, nicht in Betracht gezogen zu werden brauchte. Wer dieses umfangreiche Dokument eingehend studiert, wird angesichts der soziologischen, rechtlichen, theologisch-ethischen und politischen Argumentation die Frage nicht los, ob die Geschichtslosigkeit evangelischen Kirchentums so weit fortgeschritten ist, daß man meint, von der geschichtlichen Verantwortung für das Evangelium im Osten entbunden zu sein.

Kritik des Kieler Oberlandeskirchenrats Eberhard Schwarz an der Ostdenkschrift in der Kirchenzeitung »Die Kirche der Heimat«, November 1965. Schwarz ging in seiner von nationalprotestantischen Denkmustern geprägten Kritik so weit, einen Bezug zur Ostkolonisation herzustellen. Er betonte angesichts »des Substanzverlustes des deutschen Protestantismus ... die kirchengeschichtliche Dimension ... im Blick auf den totalitären Staat und einen nationalistischen Katholizismus in Polen« und sprach von der »geschichtlichen Verantwortung für das Evangelium im Osten«. Illustriert war der Artikel mit einem Foto von Ordensburg und Dom der ehemals ostpreußischen Stadt Marienwerder (heute Kwidzyn). Landeskirchliches Archiv Kiel

Verdichtung 3 // »Displaced Persons«

Eine große Gruppe Menschen, die Vertreibung und Flucht erlitten hatten, stand in den Jahren nach Kriegsende ganz am Rand der öffentlichen Wahrnehmung: jüdische KZ-Überlebende, ins Deutsche Reich verschleppte Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene der Wehrmacht und jüdische Nachkriegsflüchtlinge aus osteuropäischen Staaten. Diese »Displaced Persons«, deren Lebenswege durch NS-Terror und Zwangsmaßnahmen unterbrochen worden waren, sahen nach der Befreiung einer ungewissen Zukunft entgegen. In den westlichen Besatzungszonen zählte man um die 7 Millionen »DPs«, Menschen, die nicht oder nur mit alliierter Hilfe in der Lage sein würden, in ihre Heimat zurückzukehren. Etwa eine Million »DPs« aus osteuropäischen Staaten wollten nicht zurückkehren, aus Angst, als »Kriegsverräter« behandelt oder als »Faschisten« diskriminiert zu werden. Die jüdischen Überlebenden der Konzentrationslager hatten Angehörige und Besitz verloren und hofften auf eine Ausreise nach Palästina oder in die USA.

Ab 1946 kamen mehr als 100 000 Flüchtlinge, vor allem polnische Juden, aber auch Juden aus den Balkanstaaten, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Sie waren vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion geflohen, teils bis nach Sibirien. Zudem führten antisemitische Pogrome im Nachkriegs-Polen zu einer Massenflucht in die deutschen Westzonen.

In der britischen Zone gab es etwa 130 »DP«-Lager, eingerichtet in ehemaligen NS-Lagern und öffentlichen Gebäuden. Unterstützung kam von UN-Hilfsorganisationen. Das britische Militär verfolgte das Ziel, alle »DPs« in ihre Ausgangsländer zurückzuführen, besonders strikt. Es bestand auf Registrierung, Überprüfung, ab 1947 auf Arbeitspflicht und versorgte die Lagerbewohner besser als die deutsche Bevölkerung. Ein großer Teil der »DPs« wurde bereits 1945 repatriiert. 1951 übergaben die Alliierten die verbliebenen »heimatlosen Ausländer« in die Zuständigkeit der Bundesrepublik, die sie mit deutschen Staatsangehörigen gleichstellte.

Die Bevorzugung durch die Allliierten, aber auch die Isolierung in Lagern waren Gründe für eine überwiegend feindselige Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den »DPs«. Hinzu kamen antipolnische und antijüdische Ressentiments. Viele Deutsche hielten »DPs« sogar für Verbrecher, da sie ja Häftlinge gewesen seien. Erst ab 1948 trugen differenziertere Pressestimmen zum Verständnis bei. Die evangelische Kirche, die sich anstrengte, deutschstämmige Flüchtlinge und Heimatvertriebenen zu integrieren, engagierte sich nicht für die entwurzelten »DPs«. Das evangelische Hilfswerk, das angeblich keinen Unterschied bei der Konfessionszugehörigkeit der Hilfsbedürftigen machte, unterstützte aus dieser Gruppe nur die Christen jüdischer Herkunft.

Tschechische Überlebende im »DP«-Lager Neustadt i.H. vor ihrer Heimkehr, Mai 1945. Das »DP«-Lager in Neustadt beherbergte 1945 auch ehemalige Gefangene der KZs Auschwitz, Stutthof bei Danzig und Neuen-gamme, die die Bombardierung der Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht überlebt hatten. KZ-Gedenkstätte Neuengamme/Album des tschechischen Neuengamme-Überlebenden Jaromir Kastil

Jüdische »Displaced Persons« im Lager Pöppendorf bei Lübeck, 1947. Das größte Flüchtlingslager in Schleswig-Holstein diente 1945 bis 1951 als Durchgangslager für eine Million Menschen: für ehemalige Wehrmachtsangehörige und Zwangsarbeiter, für Flüchtlinge und Vertriebene sowie 1947 für jüdische Überlebende, die versucht hatten, mit dem Schiff »Exodus« nach Palästina zu gelangen. ullstein bild 80249155

Britische Soldaten desinfizieren (»entlausen«) einen 13-jährigen Zwangsarbeiterjungen aus der Sowjetunion im »DP«-Camp Neuengamme, Juni 1945. Mehr als 8 Millionen Zwangsarbeiter, vor allem aus Osteuropa befanden sich zum Kriegsende im Gebiet des Deutschen Reiches. Das Lager-Areal des KZ Neuengamme wurde 1945 für drei Wochen als »DP«-Camp speziell für Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion genutzt, danach für deutsche Kriegsgefangene und SS-Angehörige. Imperial War Museum BU 7146

Registrierung einer polnischen Familie im Hamburger »DP«-Lager Zoo, Mai 1945. Das »DP-Assembly Center Zoo« war von Mai bis September 1945 das wichtigste Transitlager in Hamburg. Von dort wurden etwa 80 000 Menschen aus der Sowjetunion, den Niederlanden, Frankreich, Belgien und Polen in andere Unterkünfte oder zurück in die Heimat geschickt. Imperial War Museum BU 6634